

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

**September 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Die Regierung Aquino, der im Hinblick auf Territorialstreitigkeiten mit der VR China sehr an einem positiven Image auf regionaler und internationaler Ebene gelegen ist, beruft sich hierbei gar auf eine gewisse Tradition wohlwollender Flüchtlingspolitik: Bereits in den 1970ern nahmen die Philippinen mehrere Tausend sogenannte „Boat People“ aus Vietnam auf. Als in den 1990ern über den Verbleib ebenjener Flüchtlinge kontrovers diskutiert wurde, setzte sich die Katholische Bischofskonferenz erfolgreich für ein Bleiberecht der vietnamesischen Flüchtlinge ein. Auch wurde im Zusammenhang mit der jüngsten Aufnahme burmesischer Flüchtlinge erneut Bezug genommen auf die Tatsache, dass 1500 jüdische Flüchtlinge während des Zweiten Weltkriegs auf den Philippinen Zuflucht fanden<sup>24</sup>.

In den Sozialen Medien wurde die Aufnahme von Flüchtlingen aus Burma und Bangladesch durchweg positiv aufgenommen. Ein tiefgehender Diskurs über Implikationen, Zuständigkeiten, Folgen oder gar Fragen der möglichen gesellschaftlichen Integration wurde allerdings nicht angestoßen. Auch werden keine Vergleiche zu Deutschland, Europa oder dem Mittelmeerraum gezogen. Pegida, beispielsweise, und die damit verbundene Diskussion in Deutschland wurden in den Philippinen lediglich durch die internationale Presse wahrgenommen.

Ein gravierendes Problem für die Philippinen, welches allerdings medial relativ geringe Aufmerksamkeit genießt, sind Binnenflüchtlinge und Vertriebene in Mindanao. Im mehrheitlich muslimischen Süden des Landes fanden über Jahrzehnte zwischen muslimischen Separatisten und Regierungstruppen blutige Kämpfe statt. Diese Kämpfe haben zu einer sechsstelligen Zahl von Binnenflüchtlingen geführt. Die Problemlage ist komplex: Die derzeit (noch) existierende Autonomous Region in Muslim Mindanao (ARMM) soll infolge des fortschreitenden Friedensprozesses durch die Bangsamoro Autonomous Region abgelöst werden. Die ARMM gilt weithin als „gescheitertes Experiment“. Als solches beweist sie sich auch in der Bewältigung der Binnenflüchtlingsproblematik. Die Zentralregierung in Manila überweist staatliche Mittel für Programme in Muslim Mindanao oftmals erst mit zweijähriger Verspätung, die Kapazitäten für effizientes Handeln sind demnach äußerst beschränkt. Trotz des Friedensvertrags zwischen der philippinischen Regierung und der größten muslimischen Gruppe, der Moro Islamic Liberation Front, kommt es im Süden der Insel immer noch zu Gefechten zwischen Splittergruppen und Polizei oder Armee. Auch 2015 wurden hierdurch erneut zehntausende Menschen aus ihrer Heimat vertrieben<sup>25</sup>.

Auch in Zukunft werden die Dimensionen Auswanderung, Einwanderung und interne Vertriebene die Philippinen beschäftigen. Hier verbergen sich Konfliktpotenziale, die für die sozioökonomische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes entscheidend sind. Der Bedarf an langfristigen und nachhaltigen Strategien, um den vielen Facetten der Migration zu begegnen, ist derzeit allerdings noch kein Schwerpunktthema des öffentlichen Diskurses.

### **Südkorea**

*Dr. Norbert Eschborn ( 26.08.2015)*

Die Flüchtlingsproblematik in Europa wird in Südkorea nur im Rahmen unauffälliger Medienberichterstattung perzipiert. Zu Beginn des Jahres 2015 wurde etwas ausführlicher über die Pegida-Bewegung berichtet, dies wahrscheinlich aber auch nur deshalb, weil der neue Oberbürgermeister Dresdens, Dirk Hilbert, mit einer Südkoreanerin verheiratet ist und deshalb als Referenzperson gelegentlich zu Wort kam.

Allerdings spielt das Thema Migration im Süden der koreanischen Halbinsel durchaus eine politisch brisante Rolle. Der Begriff wird vornehmlich mit nordkoreanischen Flüchtlingen und

<sup>24</sup> Ausführlich hierzu: <http://www.rappler.com/newsbreak/iq/96929-timeline-philippine-law-policies-refugees> [21.08.2015].

<sup>25</sup> Vgl. [www.philstar.com/headlines/2015/03/05/1430370/update-over-75000-people-displaced-ongoing-firefights-mindanao](http://www.philstar.com/headlines/2015/03/05/1430370/update-over-75000-people-displaced-ongoing-firefights-mindanao) [21.08.2015]

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Afrika südlich der Sahara**

**Asien und Pazifik**

**Europa und Nordamerika**

**Lateinamerika**

**Nahost und Nordafrika**

**September 2015**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Arbeitsmigranten aus anderen asiatischen Ländern assoziiert, wobei viele der letzteren sich illegal in Korea aufhalten. Die nordkoreanischen Flüchtlinge leiden unter schweren Integrationsproblemen, obwohl sie Koreaner sind (jedoch als politisch suspekt gelten); die asiatischen Arbeitsmigranten, weil sie keine Koreaner sind. Die soziale Situation beider Gruppen ist gleichermaßen unbefriedigend, es gibt nur wenige gelungene Integrationsbeispiele.

Für die ausländischen Migranten setzt sich ausgerechnet eine Parlamentarierin ein, die selbst keine gebürtige Koreanerin ist: die Abgeordnete der koreanischen Nationalversammlung Jasmine Lee ist ethnische Filipina und kam durch ihre Heirat mit einem Koreaner auf die Halbinsel. Ihr Lebensweg führte sie über Stationen als Schauspielerin und Mitarbeiterin zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Fokus der konservativen Regierungspartei Saenuri, für die sie seit 2012 als eine der über Verhältniswahlrecht gewählten Abgeordneten im Parlament sitzt. Dort hat sie im Dezember 2014 mit Unterstützung 22 anderer Abgeordneter einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Rechte der ca. 20.000 Kinder aus illegalen Migrantenfamilien eingebracht. Dieser Entwurf schaffte es bisher jedoch nicht auf die Tagesordnungen für die erforderlichen parlamentarischen Lesungen. Für ihr Engagement zahlt Jasmine Lee einen hohen Preis: der Anteil der Hasspost an ihr Büro ist so hoch, dass sie in einem Porträt der US-amerikanischen "Huffington Post" als "eine der meistgehassten Frauen Koreas" betitelt wurde.

Dahinter verbergen sich Strömungen in der südkoreanischen Gesellschaft, die sehr stark traditionellen Überzeugungen anhängen, wonach die "Reinheit der Blutlinie" entscheidende Voraussetzung ist, um Koreaner zu sein und für die ein ungebrochenes Abstammungsprinzip eine absolute Notwendigkeit für das "Überleben" der koreanischen Nation ist. In diesem Sinne forderten die Initiatoren einer im Januar 2015 in der konservativen Zeitung "Dong-Ah" erschienenen ganzseitigen Anzeige unverhohlen eine "Anti-Migrationspolitik", um den "Untergang Koreas" zu verhindern, den nach Ansicht dieser politisch extrem anmutenden Personen eine Politik wie die von Jasmine Lee unweigerlich herbeiführen würde.

Der gesellschaftliche Mainstream liegt erstaunlicherweise näher an solchen Positionen als man dies in dem von der Regierung im Ausland gern als Hochtechnologie- und Innovationsparadies propagierten Südkorea vermuten würde: im Jahr 2000 bejahten bei einer Umfrage 93 Prozent der Koreaner, dass sie glauben, ihre Nation basiere auf einer gemeinsamen Blutlinie. Und 2006 stimmten 56,5 Prozent der befragten Koreaner der Aussage zu, „Ich bin dagegen, dass meine Kinder eine Ehe mit einem Ausländer eingehen“. Selbst wenn diese Zahlen in der Zwischenzeit geringer geworden sein sollten: von einer inklusiven Gesellschaft ist Südkorea weiter entfernt denn je. Daran ändert auch die sehr durchsichtige Immigrationspolitik der Regierung nichts, die angesichts der demographischen Probleme des Landes mit einer der weltweit niedrigsten Geburtenraten das Thema Blutlinie in bestimmten Fällen gern niedriger hängen würde: wer, so wurde im Juli 2015 bekannt gegeben, nämlich als Ausländer über spezielle berufliche Qualifikationen in Natur- oder Ingenieurwissenschaften verfüge, könne unter den neuen 'pro-science immigration standards' des Staatsbürgerrechts zu 'excellent foreign personnel' erklärt werden, für das dann erheblich einfachere Voraussetzungen zum Erwerb der koreanischen Staatsbürgerschaft gelten.

### **Thailand**

*Michael Winzer (28.08.2015)*

Der Umgang mit den Themen Flucht und Migration in der EU wird in der thailändischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Aufgrund der politischen Situation seit dem Militärputsch im Jahr 2014 und des aktuellen Prozesses der Schaffung einer neuen Verfassung war die Medienberichterstattung in Thailand in den letzten Monaten sehr stark auf innenpolitische Themen fokussiert. Auch unter normalen Umständen haben es Nachrichten aus dem geografisch und kulturell weit entfernten Europa schwer, in der thailändischen Medienberichterstattung Beachtung zu finden. Da-